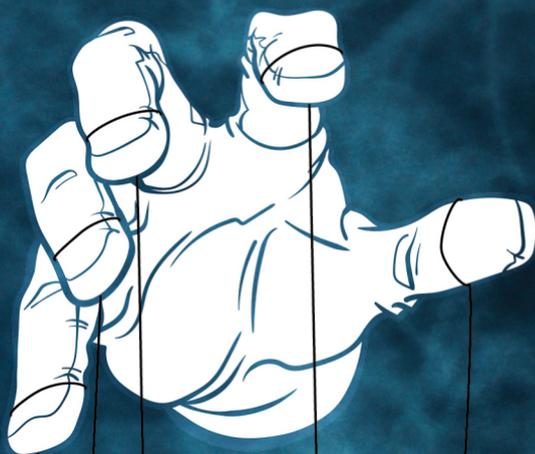


HELMUT BRANDSTÄTTER

TRUMP, PUTIN



UND IHRE
MARIONETTEN

KREMAJR & SCHERIAU



BITTE BEACHTEN SIE DIE
SPERRFRIST 23. SEPTEMBER 2025

HELMUT BRANDSTÄTTER

TRUMP, PUTIN



**UND IHRE
MARIONETTEN**

KREMAJR & SCHERIAU

BITTE BEACHTEN SIE DIE
SPERRFRIST 23. SEPTEMBER 2025

Die Seele ist der einz'ge Staat auf dieser Erde
Wo Freiheit rein ist wie Ozon
Der Seele Grenzen sind über die Welt gezogen
dort gibt es keine Linien der Demarkation

Lina Kostenko

INHALT

- 7 – Vorwort
- 11 – Prolog: ZEITEN-ENDE
- 33 – Kapitel I: PUTINS PLAN: DIE ZERSTÖRUNG UNSERER
EUROPÄISCHEN HEIMAT
- 61 – Kapitel II: PUTIN – VERTRAGSPARTNER, UNTERSTÜTZER,
VORBILD
- 88 – Kapitel III: TRUMP IN PUTINS HÄNDEN?
- 140 – Kapitel IV: VON DESINFORMATION, SABOTAGE UND
VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN
- 167 – Kapitel V: DIE MEDIEN – FEIND UND UNTERSTÜTZER
- 178 – Kapitel VI: KICKLS WELTBILD – VON HAIDERS REIMER
ZUM NICHT-VOLKSKANZLER
- 193 – Kapitel VII: DIE AFD, EINE ALTERNATIVE GEGEN
DEUTSCHLAND UND GEGEN EUROPA
- 213 – Kapitel VIII: PUTINS PARTNER – ORBÁN, FICO, VUČIĆ
- 233 – Kapitel IX: FREIE UKRAINE – EIN FEINDBILD FÜR RECHTS
- 257 – Kapitel X: WIE SIE ANGST UND WUT AUSNUTZEN
- 270 – Kapitel XI: DIE GLÜCKLICHSTE GENERATION HAT DIE
VERANTWORTUNG, DEMOKRATIE UND HEIMAT ZU
BESCHÜTZEN
- 292 – Danksagung

PROLOG ZEITEN-ENDE

„Es ist billig für uns von heute, die wir das Wort „Sicherheit“ längst als ein Phänomen aus unserem Vokabular gestrichen haben, den optimistischen Wahn jener idealistisch verblendeten Generation zu belächeln, der technische Fortschritt der Menschheit müsse unbedingterweise einen gleichen rapiden moralischen Aufstieg zur Folge haben.“

Stefan Zweig, Die Welt von gestern.
Erinnerungen eines Europäers, 1942

Stefan Zweig beschreibt in einem Satz die Veränderung in Europa im kurzen Zeitraum von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs und die darauffolgenden Jahre, die zum Zweiten Weltkrieg führten. Der gewaltige technische Fortschritt, den die Menschen damals erlebten, das Entstehen von Versicherungsgesellschaften, weil viele Menschen erstmals Wertsachen besaßen, die sie versichern konnten – und dann das Ende jeder Sicherheit bei gleichzeitigem moralischem Verfall. Der in Cambridge lehrende australische Historiker Christopher Clark hat die Situation vor Beginn des Ersten Weltkriegs im Buch „Die Schlafwandler“ beschrieben. Trotz aller Anzeichen sich zuspitzender Feindschaften taumelten die europäischen Staaten in den Großen Krieg. Und wo stehen wir heute? Mit Sicherheit an einem markanten Wendepunkt der Geschichte.

Mit dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989, der Auflösung der Sowjetunion Ende Dezember 1991 und der Umgestaltung der ehemaligen Diktaturen Mittel- und Osteuropas in rechtsstaatliche Systeme ging der Kalte Krieg zu Ende. Damit war die militärische, aber auch die gesellschaftspolitische Konfrontation zwischen den demokratischen Staaten Westeuropas und den USA auf der einen Seite und der kommunistischen Systeme auf der anderen zu Ende. In dieser Zeit gab es trotz des Aufrüstens auch eine gewisse Stabilität, denn der Antagonismus war überschaubar gewesen: die Gegensätze zwischen dem freien Markt und der Kommandowirtschaft, zwischen Wohlstand und Mangel, zwischen Rechtsstaat und Staatsjustiz, zwischen persönlichen Freiheiten und Stacheldraht, waren offenkundig. Dazu kam eine Erkenntnis, die der CSU-Politiker und langjährige Bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (1915–1988) in großen Reden mit einem Vergleich so formulierte: „Hitler hat das Risiko gesucht, das Ende ist bekannt. Die Sowjets hingegen sind risikoavers. Wenn wir militärisch gut gerüstet sind, dann werden sie uns nicht angreifen.“

Heute ist jegliche Sicherheit verlorengegangen. Präsident Putin will zwar die Sowjetunion wieder errichten, einer seiner Berater behauptet sogar, diese sei nie aufgelöst worden, die Vorsicht des Politbüros aber, das ein Kollegialorgan war, hat Putin nicht übernommen. Nach 25 Jahren an der Macht ist er ein einsamer Diktator, niemand widerspricht dem Präsidenten. Dazu kommt, dass die Propaganda Putins in Europa schon vor dem Überfall auf die Ukraine sehr gut organisiert war und Unsicherheit gesät, dabei Krisen wie die Covid-Epidemie genutzt und rechtspopulistische Parteien unterstützt hat. Mit dem neuerlichen Amtsantritt Donald Trumps und seiner Ablehnung der EU, die er als Feind betrachtet, ist ein geord-

meter und gesicherter Blick auf das Weltgeschehen unmöglich geworden. Viele Menschen spüren nur noch Unsicherheit, und auch das nutzen die russische Propaganda und die rechtsextremen sowie die rechtsextremistischen Parteien in der EU aus, oft wirkt das zwischen den Proponenten auch gut abgesprochen.

Die Schwäche Europas zeigt sich besonders stark im Nahen Osten. Während die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Kaja Kallas, am 20. Juni 2025 mit den Außenministern aus Berlin, Paris und London in Genf mit dem iranischen Außenminister verhandelte, bereite Trump einen massiven Angriff auf iranische Atomanlagen vor, ohne die EU vorab davon in Kenntnis zu setzen. Er habe alles „ausgelöscht“, erklärte er anschließend. Eine Erklärung, an deren Richtigkeit es bald danach Zweifel gab. Der Nahe Osten bleibt jedenfalls Kriegs- und Krisengebiet, von dem Europa betroffen ist, ohne dabei eine Rolle zu spielen.

Das ist aber noch nicht alles: In den USA regieren mit Trump jetzt auch die sogenannten Tech-Bros, Internet-Milliardäre, die nicht nur ohne staatliche Regulierung agieren wollen, sondern für die neue Welt der Digitalisierung, der Künstlichen Intelligenz und der grenzenlosen Geschäfte die Demokratie als Hindernis betrachten. Der Mitgründer der Zahlungsplattform PayPal, Peter Thiel, hat schon im Jahr 2009 in seinem Manifest „The Education of a Libertarian“ geschrieben: „Ich glaube nicht mehr, dass Freiheit und Demokratie miteinander vereinbar sind.“ Dazu kommt mit Elon Musk ein Mann, der die Bürokratie mit der Kettensäge zerschneiden, in Wirklichkeit aber jegliche staatliche Kontrolle von Unternehmen beseitigen wollte, bis er sich mit Trump zerstritt. Und mit Donald Trump haben

die USA einen Präsidenten, der Politik mit „Deal-Making“ wechselt. Deals brauchen keine moralische Grundlage.

Auf der anderen Seite Europas hat sich ein russischer Präsident etabliert, der Grenzen nicht mehr anerkennt, der alles beansprucht, „wo der Fuß eines russischen Soldaten hintritt“ und ein russisches Imperium wiederherstellen will, da er ja das Ende der Sowjetunion als „größte Katastrophe der Geschichte“ betrachtet.

Alles, was Europa seit dem Zweiten Weltkrieg ausmacht, steht den Tech-Bros im Westen und dem Diktator im Osten im Weg: die individuellen Menschenrechte, die „Würde des Menschen“, wie es im deutschen Grundgesetz heißt, eine soziale Marktwirtschaft, wo der Staat auch für den sozialen Ausgleich sorgt, eine Europäische Union, wo der lange und blutige Konflikt von einem demokratischen Zusammenleben abgelöst wurde, wo Krieg undenkbar geworden ist. Diese neue europäische Ordnung wollen beide nicht; Trump und die Tech-Bros nicht, weil sie sich durch unsere Regulierungen eingeschränkt fühlen, und Putin nicht, weil Freiheit und Wohlstand an seiner westlichen Grenze den Menschen in Russland zeigen könnte, dass Demokratie besser ist als Diktatur und Freiheit besser als Nationalismus. Und deshalb versucht Putin seit langem, mit Parteien und Gruppierungen innerhalb der EU unseren Frieden zu stören: durch die Unterstützung von und durch Verträge mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Parteien, durch Desinformationskampagnen, die längerfristig angelegt sind und zuletzt immer mehr auch durch Sabotage. Der Krieg gegen Europa läuft auf Hochtouren und ist als hybrider Krieg angelegt.

Zeitenwende – das war das Wort des Jahres, nachdem Wladimir Putin am 24. Februar 2022 die Ukraine überfiel und auf die Hauptstadt Kyiv marschieren ließ, um den gewählten Präsidenten Wolodymyr Selenskyj zu stürzen, wie das Simon Shuster in seinem Buch „Vor den Augen der Welt“ beschreibt. Der ehemalige deutsche Top-Agent Gerhard Conrad erklärte damals im Magazin FOCUS, dass Putin auch versuchen werde, Selenskyj töten zu lassen. Der Autor Shuster beschreibt in seinem Buch, dass Selenskyj und sein Team auch mit einem Mordversuch gerechnet haben, weil Putin schnell eine Moskau-freundliche Staatsführung aufbauen wollte. Zeitenwende – der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz prägte diesen Begriff, der seitdem oft wiederholt wurde, in einer Regierungserklärung, ohne dass dieser jedoch ernsthafte Konsequenzen für Europa gehabt hätte.

Inzwischen sind wir weiter und mittlerweile beim Zeiten-Ende angelangt. Dieses trat spätestens ein, als der amerikanische Vizepräsident JD Vance am 15. Februar 2025 bei der Münchner Sicherheitskonferenz den Verbündeten in Europa die Freundschaft aufkündigte und sich an Putin sowie die rechtspopulistischen Gegner:innen eines starken Europas anbot. Europa werde nicht von Russland und China bedroht. Zitat: „...ist die Bedrohung, die mir in Bezug auf Europa am meisten Sorgen bereitet nicht Russland, nicht China, nicht ein anderer externer Akteur. Was mir Sorgen bereitet, ist die Bedrohung von innen. Der Rückzug Europas von einigen seiner grundlegendsten Werte. Werte, die es mit den Vereinigten Staaten von Amerika teilt.“ Dann sprach er von „Digitaler Zensur“, wie sonst nur die Rechtsextremen in Europa – oder wie Elon Musk, der Oligarch, der für Präsident Trump viel Geld spendete und dafür viel mehr zurückbekommen wollte. Und schließlich traf Vance Alice Weidel, Kanzlerkandidatin der AfD. Bereits zu die-

sem Zeitpunkt wurde deren Partei vom Bundesamt für Verfassungsschutz wegen „verfassungsfeindlicher Bestrebungen“ als „rechtsextremistischer Verdachtsfall“ geführt, was durch das Verwaltungsgericht Köln am 8. März 2022 und später auch durch andere Gerichte bestätigt wurde. Die AfD nahm den Abgeordneten Matthias Helferich, der sich bei Chats im Jahr 2017 darüber freute, „das freundliche Gesicht des Nationalsozialismus“ zu sein, wie der Deutschlandfunk und andere Medien berichteten, ebenso in ihre Fraktion auf wie als besonders wichtigen Repräsentanten den thüringischen Landeschef Björn Höcke, der bereits zwei Mal wegen der Verwendung einer Nazi-Parole verurteilt wurde, dies zuletzt im Juli 2024 durch das Landgericht Halle. 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, in dem nicht zuletzt auch die Amerikaner für die Freiheit Europas gekämpft hatten, wünscht sich die Führung der USA eine deutsche Kanzlerin, die eine Partei führt, die damals vom Verfassungsschutz als „in Teilen rechtsextrem“ und seit dem 2. Mai 2025 als „gesichert rechtsextrem“ eingestuft wurde. Wobei die Behörde ein paar Tage später wieder eine Einschränkung machte: Da die AfD gegen den Bericht eine Klage einbrachte, werde sie dazu ein Gerichtsurteil abwarten und die AfD weiter einen „rechtsextremen Verdachtsfall“ nennen.

Trump und Vance sind Gerichtsurteile nicht wichtig, für sie wäre die AfD deshalb als Partner ideal, weil sie einen „Austritt Deutschlands aus der EU“ und den „Euro aus der EU-Währungsunion herausnehmen“, also zerstören will, wie es im Wahlprogramm aus dem November 2024 heißt. Die EU zerstören, das wollen diese beiden Herren auch. Laut Trump wurde die Europäische Union nur gegründet, um die USA abzuzocken, wie er im April 2025 erklärte.

Die klare Verdrehung der Fakten über die Bedrohungslage in Europa, verbunden mit wiederholten Ankündigungen Trumps, sich aus Europa zurückzuziehen und hohe Zölle gegen den „Feind“ Europa auszusprechen, dafür aber mit dem Diktator Putin zusammenzuarbeiten, das war das Ende einer Zeitperiode, die genau 80 Jahre angedauert hatte. Acht Jahrzehnte hatte der Westen Europas in regem wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Austausch mit den USA gelebt, zum klaren beiderseitigen Vorteil in Bezug auf Wohlstand und Sicherheit, basierend auf gemeinsamen Werten, die auch bei jeder Gelegenheit betont wurden. Seit dem Fall der Berliner Mauer, also seit 36 Jahren, ist die Teilung Europas beendet, seit der Charta von Paris, dem großen von 32 europäischen Ländern sowie den USA und Kanada unterzeichneten Friedensvertrag, sind 35 Jahre vergangen. Die Charta von Paris vom November 1990 sollte die Grundlage dafür sein, was Gorbatschow „das gemeinsame Haus Europa“ nannte. Ein gemeinsamer Kontinent, wo jedenfalls die Europäer glaubten, dass sich alle an die Hausordnung halten würden, auch die Russen. Doch der russische Präsident Putin überfiel nach einer Phase der Annäherung an die Demokratien des Westens zunächst Länder in seiner südlichen Umgebung wie im Jahr 2008 einen Teil Georgiens, ehe dann im Jahr 2014 seine Soldat:innen Teile der Ukraine angriffen und er die Halbinsel Krim annektierte, obwohl Russland im Budapester Abkommen von 1994 dem Nachbarn sichere Grenzen garantiert hatte – im Austausch gegen die Lieferung aller in der Ukraine stationierten Atomwaffen. Unterzeichnet wurde dieses Memorandum auch von den USA und Großbritannien.

Die Europäer:innen hätten wissen können, dass Donald Trump keinen Respekt für andere und vor anderen hat – weder für Personen noch für Staaten. Der Auftritt von JD Vance war jedoch

mehr als nur eine bloße Respektlosigkeit. Er war eine gefährliche Leugnung und Missachtung offensichtlicher Tatsachen. Russland führt sowohl gegen Europa als auch gegen die USA seit Jahren einen hybriden Krieg mit Sabotage und Desinformationskampagnen, etwa durch die versuchte Beeinflussung von Wahlen. Das muss Vance bekannt sein. Und hochrangige Repräsentanten wie der frühere Präsident Medwedew drohen regelmäßig der Ukraine mit der Auslöschung und Europa mit massiven Angriffen. In der Ukraine erfährt Russland militärische Unterstützung durch China und Nordkorea. Das stellt eine klare Gefährdung der Sicherheit Europas dar, was die Führung der USA wissen muss, aber offenbar nicht interessiert.

Die Bedrohung Europas zu leugnen, während in der Ukraine täglich Raketen aus Russland einschlagen, immer wieder russische Flugzeuge den europäischen Luftraum verletzen, und gleichzeitig für die AfD aufzutreten, die für diesen Krieg – so wie auch Putin – die NATO verantwortlich macht, das ist definitiv zu viel. In deutschen Talkshows argumentieren AfD-Politiker:innen stets im Sinne der russischen Propaganda und dennoch sprach sich Vance gegen die „Brandmauer“ der demokratischen Parteien gegenüber der AfD aus, also gegen die Entscheidung der demokratischen Parteien, nicht mit der AfD zu koalieren – als ob Vance das etwas angehen würde. Dass diese Partei schon damals als „in Teilen rechtsextrem“ eingestuft war und führende Repräsentanten mit Nazi-Parolen aufgefallen waren, mussten Vance und seine Leute gewusst haben. Aber es störte sie nicht.

Ebenso wenig störte es sie, dass rechtsextreme Parteien in der EU seit Jahren von Moskau unterstützt werden, Verträge mit Putins Partei schließen und dessen Narrative übernehmen. Kredite Russlands an die Partei von Marine Le Pen sind doku-

mentiert, ebenso Zahlungen an zumindest einen AfD-Abgeordneten sowie häufige Einladungen an rechte Politiker:innen, auch auf die von Russland annektierte Krim. Es folgen Gegenbesuche von Putins Leuten wie zum Beispiel von dessen „Philosoph“ Alexander Dugin, der auf X (vorm. Twitter) regelmäßig zur Zerstörung des „satanischen“ Europa aufruft und auch den Dritten Weltkrieg herbeisehnt. Und vor allem in den sozialen Medien lässt sich regelmäßig beobachten, wie rechte Parteien Putins Propaganda übernehmen. Auch das stört die Führung der USA nicht. Der Feind der USA ist also die liberale Demokratie in Europa. Diese wird gleichzeitig von rechtspopulistischen und mit Russland verbundenen Parteien bekämpft, die wiederum in Trump einen Verbündeten sehen. Nach Trumps MAGA reden sie von MEGA – aber sie wollen nicht „Europe great again“ machen, sondern die Europäische Union zerstören.

Das ist das Ende eines Zeitabschnitts, in dem die demokratischen Staaten Europas und die USA zusammengehalten haben. Wir stehen in Europa nun allein da.

Der Fall Österreich

Viermal jährlich gibt es im österreichischen Nationalrat eine „Europastunde.“ In diesen speziellen Plenarsitzungen dürfen sich auch die Mitglieder des Europäischen Parlaments zu Wort melden. Das waren früher eher ruhige Debatten. Am 11. Dezember 2024 war das anders. Die Abgeordneten der FPÖ waren nicht in weihnachtlicher Stimmung, viel eher wollten sie zeigen, dass sie nunmehr als stärkste Fraktion das Hohe Haus beherrschen. Der freiheitliche Delegationsleiter in Brüssel, Harald Vilimsky, attackierte vor allem die Fraktion der Europäischen Volkspartei, zu der auch die ÖVP gehört. Diese sei „Speerspitze der NATO-Kriegstreiber und habe Milliarden an

die Ukraine verschwendet“ hieß es in gewohnt überhöhter Lautstärke und körpersprachlicher Intensität. Kritik am russischen Diktator und dessen Angriffskrieg gab es nicht, die äußert die FPÖ auch sonst nie. Außerdem: Die Bevormundung durch Brüssel müsse beendet werden. Im EU-Wahlkampf im Frühjahr 2024 hatte Vilimsky formuliert: „Man stelle sich einen roten Knopf vor, um Österreich aus diesem EU-Irrsinn herauszuholen. Ich würde keine Millisekunde zögern, um auf diesen roten Knopf zu drücken.“ FPÖ-Chef Herbert Kickl sprach bei einer Konferenz in Budapest Ende Mai 2025 von einer „pervertierten Form des Brüsseler Imperialismus“ und von „struktureller Gewalt, die zur Anwendung kommt.“ Die verbale Radikalisierung hat System.

Die ehemalige ÖVP-Europaministerin Karoline Edtstadler hielt im Parlament dagegen, dass Europa „angesichts der geopolitischen Verwerfungen als starke Gemeinschaft auftreten“ müsse. Von der FPÖ gebe es nur „Retro-Politik, Glorifizierung der Vergangenheit und falsche Behauptungen.“ Und am selben Tag rief der damalige Generalsekretär der ÖVP und spätere Bundeskanzler Christian Stocker dem FPÖ-Vorsitzenden Kickl entgegen: „Es will Sie niemand in diesem Haus.“ Kickl habe es nicht geschafft einen Partner zu finden, denn: „Es ist auch so, dass Sie in dieser Republik niemand braucht.“

Rund drei Wochen später war Christian Stocker Chef der ÖVP und begann Verhandlungen mit Herbert Kickl zur Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung. Am Ende scheiterte es mutmaßlich an der Verteilung der Ministerien. Kickl bestand auf das Innenministerium – er hat vermutlich noch immer das Trauma, dass er dieses nach dem Ibiza-Skandal verlassen musste. Die ÖVP musste davon ausgehen, dass ein FPÖ-Innenminister wieder den Kontakt zu den russischen Behörden hät-

te verstärken sollen. Wie meinte der frühere BVT-Chef Peter Gridling am 10. Jänner 2025 in einem Interview mit dem Standard: „Die FPÖ war ein Einfallstor für russische nachrichtendienstliche Informationsgewinnung.“

Der Fall Deutschland

Der 23. Februar 2025 brachte ein wenig überraschendes Wahlergebnis. Die Union aus CDU und bayerischer CSU erreichte 28,6 Prozent der Stimmen, weniger als erwartet, aber ausreichend, um mit einer geschwächten Sozialdemokratie eine Mehrheit im deutschen Bundestag zu stellen, die freilich so knapp ausfiel, dass Friedrich Merz erst im zweiten Wahlgang zum Bundeskanzler gewählt wurde. Die AfD kam auf knapp über 20 Prozent, die erwartete Verdoppelung, wobei sie bei den Jungen und im Osten besonders stark wurde.

Alice Weidel, seit Juni 2022 gemeinsam mit Tino Chrupalla Vorsitzende der Alternative für Deutschland, war als Kanzlerkandidatin mit einem ähnlich radikalen Programm wie die FPÖ angetreten: Der *DEXIT* und somit der Austritt aus der EU kam zwar nicht ausdrücklich vor, aber de facto doch: Es sollte statt der EU ein „Europa der Vaterländer gegründet werden“, wie es im AfD-Wahlprogramm heißt, ein loser Zusammenschluss europäischer Länder. Dass dieser politisch und wirtschaftlich kraftlos wäre, passt ins Konzept einer Partei, die auf Nationalismus setzt. Weidel verwendete bei ihrer Kür zur Kanzlerkandidatin Mitte Jänner 2025 den Begriff der „Remigration“, wie ihn die rechtsextremen und rassistischen „Identitären“ geprägt haben. Wie die FPÖ ist auch sie gegen die Unterstützung der Ukraine und für das Ende der Russland-Sanktionen. Da passt ins Bild, dass der sächsische AfD-Vorsitzende Jörg Urban gegenüber dem ZDF-Moderator Markus Lanz erklärte: „Russ-

land ist keine Diktatur, da finden ja Wahlen statt.“ Auch von Weidel selbst war niemals ein kritisches Wort über den russischen Diktator zu hören.

Zur selben Zeit in Russland

Drei Anwälte des mutmaßlich ermordeten Alexej Nawalny werden nach dem „Antiextremismusgesetz“ zu fünf Jahren Straflager verurteilt. Und Nikolai Platonowitsch Patruschew gibt ein entlarvendes Interview. Geboren 1951 in Leningrad, ist Patruschew einer der engsten Mitarbeiter Wladimir Putins. Er folgte diesem im Mai 1999 als Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB nach, als dieser Präsident der Russischen Föderation wurde. In einem Interview mit der weit verbreiteten Zeitung KOMSOMOLSKAJA PRAWDA erklärte er am 14. Jänner 2025: „Die Ukraine könnte im Jahr 2025 aufhören zu existieren.“ Und dann kommt ein Satz, der uns in der EU direkt betrifft: „Die Führung der EU hat das Recht verloren, für viele ihrer Mitglieder zu sprechen, wie Ungarn, Slowakei, Österreich und Rumänien und andere Länder, die an Stabilität und einer ausgewogenen Beziehung zu Russland interessiert sind.“ Patruschew ist einer der Gestalter der Außenpolitik Putins. Offenbar war er also noch Mitte Jänner 2025 der Meinung, dass Österreich einen Bundeskanzler bekäme, der die Nähe zu Russland suchen werde. Er freute sich mutmaßlich darüber, dass er mit Viktor Orbán und Robert Fico bereits zwei Regierungschefs hatte, die regelmäßig die Einheit der Europäischen Union torpedierten. Orbán spekuliert regelmäßig mit einem Austritt aus der EU und erklärte zeitgleich mit Patruschew, die Ukraine könne ohne europäisches Geld nicht existieren, dürfe aber auch nicht der EU beitreten. Die Herren sind gut abgesprochen, Orbán besucht Moskau häufig, Fico war am 9. Mai 2025 mit Diktatoren wie Xi Jinping und Alexander Lukaschenko bei der Siegesfeier am roten Platz.

Putin ist stolz auf ein Wirtschaftswachstum von 4,1 Prozent im Jahr 2024, die Prognosen für 2025 sind deutlich schwächer. Und das, obwohl der Präsident das Land auf Kriegswirtschaft umgestellt hat: Schätzungen sprechen von rund 40 Prozent des Budgets des Landes für das Jahr 2025. Die Inflation liegt bei 10 Prozent, was die Konsument:innen zunehmend spüren, und der Leitzins beträgt 21 Prozent, worunter sowohl private als auch öffentliche Investitionen leiden. Die Sanktionen des Westens kamen langsam und wurden zusehends verschärft – kritisiert von Putin und, wenig überraschend, zeitgleich auch von den Rechtspopulist:innen in Europa.

Rechtspopulist:innen an Putins Seite

Kickl, Orbán, Fico, Weidel sowie andere Rechtspopulist:innen und Rechtsextremist:innen in Europa verbindet eine diffuse Ideologie. Es ist eine Mischung aus Ressentiments gegen „das System“, Anbiederung an Menschen, die sich benachteiligt fühlen, aus Verschwörungstheorien eines „Great Resets“, Leugnung des Klimawandels und einer ordentlichen Portion Rassismus. AfD-Anhänger:innen bezeichnen sich gerne als „Biodeutsche.“ Das verbindet sie mit Trump, der im Wahlkampf mehrfach rassistisch aufgefallen war, auch mit entsprechenden Attacken auf seine Konkurrentin Kamala Harris. Und das verbindet auch mit der russischen Propaganda, wo Menschen aus der Ukraine oft als „nicht lebenswert“ bezeichnet werden. Das ist in TV-Sendungen regelmäßig zu hören. Kinder wurden zu zehntausenden entführt, um aus ihnen „echte Russen“ zu machen. Zu dieser Thematik gibt es in der EU inzwischen eine Aktion mit dem Titel „Bring them back“. Leider spielt bei der Entführung der Kinder und anderer Verbrechen auch die russisch-orthodoxe Kirche eine geradezu mörderische Rolle. Für den Führer der Kirche, Patriarch Kirill, ist der

Krieg „ein metaphysischer Kampf im Namen des Rechts, sich auf der Seite des Lichts zu positionieren, auf Seite der Wahrheit Gottes, auf Seite dessen, was uns das Licht Christi, sein Wort, sein Evangelium offenbaren“ (zitiert nach domradio.de). Auch wenn Parteien wie die FPÖ einen antiklerikalen Hintergrund haben – sie treffen sich mit Leuten wie Kirill in dessen Einschätzung, dass der Westen mit seiner modernen Lebensweise und seinen Rechten für Minderheiten dekadent sei.

Zur selben Zeit in den USA

Was hat Donald Trump gestern gesagt? Was wird er morgen sagen? „Selenskyj ist ein Diktator“ erklärt er am 19. Februar 2025 in einer Rede. Bei einer Pressekonferenz wenig später darauf angesprochen fragte er: „Habe ich das wirklich gesagt?“ Als in der westlichen Welt noch Angst vor der Sowjetunion bestand, entwickelte sich die Pseudo-Wissenschaft der Kreml-Astrologie. Das hatte nichts mit der Bewegung von Sternen zu tun, sondern mit der Rangordnung alter Männer – und dem Ratespiel, wer gerade wichtig ist: Wer steigt auf? Wer könnte abgeschossen werden? Was will uns das Politbüro sagen?

Für Donald Trump brauchen wir keine Wissenschaft, es regiert die Chaostheorie, die inzwischen auch sein Team umfasst. Anfang März hat die NEW YORK TIMES umfangreich über verbale Kämpfe zwischen Elon Musk und einigen Ministern berichtet. Der Milliardär mit Verachtung für Verwaltung wollte überall Beamte feuern, ob im Außenministerium oder bei den Fluglotsen. Die zuständigen Minister:innen sahen das anders. Fest steht, dass Trump und wohl auch Musk Deals zum eigenen Vorteil machen wollen. Ein Beispiel: Die FINANCIAL TIMES berichtete am 10. April 2025, dass Musk ausgerechnet jene Beamt:innen aus der Sicherheitsbehörde für Straßenverkehr ent-

ließ, die für autonomes Fahren zuständig waren – ein Bereich, der für Musk von besonderem Interesse ist. Das ist die einzige Konstante in einem Weißen Haus der Unsicherheit. Als die Tesla-Aktie im März 2025 gegenüber Dezember 2024 bereits um 50 Prozent verloren hatte, veranstaltete Trump eine Tesla-Verkaufsshow vor dem Weißen Haus. Die enormen, irrational berechneten Zölle hatten in den USA und in der Weltwirtschaft zu diesem Zeitpunkt bereits großen Schaden angerichtet. Als Elon Musk verstand, wie sehr Trump seinem Geschäft schadete, begannen die beiden einen Rosenkrieg der gekränkten Egos, bei dem Trump sich als der Stärkere herausstellte.

Der ukrainische Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj wurde bei seinem Besuch am 25. Februar 2025 weniger freundlich empfangen als ein Elektroauto. Trump wollte den Staatsmann vorführen, ihn wegen seiner Kleidung herabwürdigen und dann einen Deal zu seinem Vorteil abschließen, um Zugriff auf Rohstoffe in der Ukraine zu bekommen. Selenskyj widersprach vor laufenden Kameras, gemeinsam mit Trump behandelte ihn Vizepräsident JD Vance höchst unfreundlich und warf ihn aus dem Weißen Haus – ohne Vertrag und ohne die Zusage weiterer Unterstützung, vor allem aber stellte das amerikanische Militär der Ukraine keine Aufklärung mehr zur Verfügung. Verstärkte Angriffe der russischen Armee und noch mehr Tote in der Ukraine waren die Folge. Das war wieder ein Moment des Zeiten-Endes. Schon davor hatten sich die USA erstmals in ihrer Geschichte gegen demokratische Staaten gestellt und sich bei der UNO-Vollversammlung mit Diktaturen wie Nicaragua, Belarus und natürlich mit Russland verbündet. Am 24. Februar 2025 wurde eine Resolution für das Ende des Krieges in der Ukraine beschlossen, ohne den Aggressor Russland zu nennen.

Ende März 2025 kam noch Signal-Gate dazu. Eine Gruppe rund um Vizepräsident JD Vance, Verteidigungsminister Pete Hegseth und Sicherheitsberater Michael Waltz unterhielt sich über den Messengerdienst Signal über Details eines Luftangriffs auf Huthi-Milizen, einer Herabwürdigung Europas inklusive. Dies wurde über einen Journalisten bekannt, der dieser Signal-Gruppe durch eine irrtümliche Einladung als Teilnehmer hinzugefügt wurde, ohne dass die anderen Gruppen-Mitglieder das bemerkt hätten. Wie bei Trump üblich, hatte der Journalist selbst daran Schuld und nicht jene Verantwortlichen, die leichtfertig über Staatsgeheimnisse getextet hatten, ohne dabei auf kindische Emojis zu verzichten.

Kickl ohne Kurz

Am 17. Mai 2019 veröffentlichten die Onlineseiten der SÜD-DEUTSCHEN ZEITUNG und des SPIEGEL Videoaufnahmen, die den damaligen FPÖ-Vizekanzler Heinz Christian Strache und seinen Vertrauten Johann Gudenus in einer Villa in Ibiza zeigten, als diese Gespräche mit einer angeblichen russischen Oligarchin führten. Die Aufnahmen stammten vom 24. Juli 2017, als Strache noch nicht Vizekanzler war und über alle möglichen Geschäfte schwadronierte, unter anderem einen Kauf der KRONEN ZEITUNG, und von einer „Medienlandschaft ähnlich der Orbáns“ schwärmte. Am nächsten Tag erreichte mich ein Anruf des Verlegers Martin Scheriau. Wir hatten doch schon öfter über ein politisches Buch über Österreich gesprochen, meinte er, jetzt sei es so weit. Und dann: „Du hast vier Wochen Zeit.“

Uns war klar, dass es zu Neuwahlen kommen werde, also war der Zeitdruck logisch und konsequent. Außerdem war ich zu diesem Zeitpunkt nur mehr Herausgeber des KURIER, hatte

also viel Tagesfreizeit. Der Titel „Kurz und Kickl – ihr Spiel mit Macht und Angst“ war schnell gefunden, weil er so gut zu den beiden passte. Egal, wer nach Strache FPÖ-Vorsitzender werden würde – Herbert Kickl hatte als Innenminister bewiesen, dass er wenig Skrupel hatte. Der Sturm des Geheimdienstes BVT am 28. Februar 2018, angeordnet durch den Innenminister, war zu großen Teilen rechtswidrig und unverhältnismäßig, wie es in späteren gerichtlichen Entscheidungen hieß. Die Begeisterung für autoritäre Regime war bei Kickl offensichtlich. Das verband ihn mit Kurz. Auch der junge ÖVP-Chef fand Gefallen an der „illiberalen Demokratie“, diesem unlogischen Wort-Ungetüm des ungarischen Autokraten Orbán. Beide wollten den Weg beschreiten, den Ungarn eingeschlagen hatte, und das konnte ich im Buch „Kurz und Kickl“ aufzeigen, um davor zu warnen und meinen Beitrag dazu zu leisten, diese Entwicklung zu verhindern.

Als das Buch „Kurz und Kickl“ fertiggestellt war, erreichte mich das Angebot von NEOS-Chefin Beate Meinel-Reisinger, hinter ihr auf der Liste der NEOS für den Nationalrat zu kandidieren. Dort durfte ich im sogenannten Ibiza-Untersuchungsausschuss mit Steffi Krisper mitarbeiten, den Rücktritt von Sebastian Kurz und die darauffolgenden Strafprozesse verfolgen.

Das alles wirkt heute verglichen mit der geopolitischen Entwicklung seit dem 24. Februar 2022 fast harmlos. Putin überfiel die Ukraine und statt eines schnellen Sieges erreichte er nur den Tod unzähliger Soldat:innen und Zivilist:innen. Immerhin – die Europäische Union steht seither zusammen, trotz der Versuche Orbáns, die EU zum Beispiel bei der Unterstützung der Ukraine zu spalten. Die FPÖ bewies vom ersten Tag des Krieges an, dass sie den Aggressor unterstützt und nicht das Opfer. Im Nationalrat und im Europäischen Parlament wird

immer im Sinne Putins argumentiert und abgestimmt, über die Opfer in der Ukraine lächeln Abgeordnete der FPÖ wie Dagmar Belakowitsch regelmäßig. Und kaum kommt aus Moskau Kritik über die EU, etwa über deren Pläne zur Aufrüstung, um Europa sicherer zu machen, kritisieren FPÖ- und AfD-Politiker:innen die Führung der Europäischen Union mit denselben Argumenten wie die russischen Pressesprecher:innen.

Gefahr und Chance

Sobald sich weitere Länder an Russland anbieten, wie das nach Orbán mittlerweile auch der slowakische Ministerpräsident Fico tut und wie Kickl und Weidel das wollen, gefährdet dies unseren inneren Frieden und unsere Freiheit. Wo die Gefahren liegen – und wie wir ihnen begegnen, das soll in diesem Buch aufgezeigt werden. Die größte Gefahr liegt darin, dass immer mehr liberale Demokratien an den Rand der Zerstörung geraten und sich Russland unterwerfen. Dazu kommt, dass sich die USA unter Präsident Trump völlig von Europa abwenden und damit zu Putins Alliierten werden. Aber: Gerade die mannigfachen aggressiven Aktionen Russlands auch innerhalb und gegen die EU, dieser sich verschärfende hybride Krieg Putins gegen ganz Europa sowie Trumps wirtschaftliche Aggressivität kann und soll uns einigen, kann und soll die Europäische Union mit ihren Werten der Freiheit und des Rechtsstaats stärken.

Die autoritären Regime nehmen zu, auch in der EU, siehe Slowakei, in Beitrittsländern, siehe Serbien, aber sogar in den USA, wo Trump die Unabhängigkeit der Gerichte nicht mehr akzeptiert. In Ländern, in denen die Demokratie zurückgebaut wurde, in denen sich Korruption und die Abhängigkeit von Mächtigen durchsetzen, geht das Gefühl in der Bevölke-

rung verloren, dass demokratische Prozesse Sinn machen, dass Politik etwas verändern kann. Das ist das Ziel autoritärer Führer:innen. Wenn der „Point of no return“ hin zur Demokratie überschritten wird, dann kann ein autoritäres Regime schnell zur Diktatur werden. In Georgien, einem Land, das Putin schon 2008 überfallen hat, etablierte sich mittlerweile eine prorussische Regierung unter der Patenschaft des Oligarchen Bidsina Iwanischwili. Er lässt russische Gesetze zur Unterdrückung der Bevölkerung übernehmen und trotz des Beitrittsansuchens vom März 2022 die Gespräche mit der EU stoppen. Noch ist in Georgien eine starke Bürgerbewegung aktiv, obwohl regelmäßig Oppositionelle verhaftet werden. Und noch etwas fällt auf: Bei uns finden sich in den Medien, an den Universitäten und in der Politik Personen, die Demokratien und Diktaturen auf dieselbe Ebene russischer Narrative stellen – etwa, dass die NATO schuld sei an Putins Krieg, was sich durch Zitate Putins leicht widerlegen lässt. In Russland selbst gilt ohnehin nur eine Meinung – die des Präsidenten. In Russland genügt es, ein weißes Blatt Papier auf einem öffentlichen Platz hochzuhalten, ein kritisches Wort über den Krieg zum Nachbarn zu sagen oder in den sozialen Medien nicht ganz regimetreu zu argumentieren – und ab ins Gefängnis. Diese Tatsache blenden auch manche Intellektuelle bei uns völlig aus.

Es werden in diesen Tagen immer wieder historische Vergleiche mit den 1930er Jahren gezogen, dem Aufstieg autoritärer, faschistischer Systeme, dem schließlich der Zweite Weltkrieg folgte. Historische Vergleiche sind immer problematisch. Ich sehe unsere Lage als einzigartig an. Denn die aktuelle Kombination hat es noch nie gegeben. Wir haben nach Jahrtausenden fast ständiger Kriege in Europa endlich eine supranationale Gemeinschaft, die mit allen damit verbundenen Schwierigkeiten eine Gruppe von vielen Ländern zusammenhält und

sich eine demokratische Struktur gegeben hat, die durchaus noch verbesserungsfähig ist. Aber alle Konflikte innerhalb dieser Europäischen Union werden mit friedlichen Mitteln ausgetragen. Diese Union wird von Russland militärisch und von China wirtschaftlich bedroht. Dagegen kann sich die EU wehren. Aber: die EU wird auch von innen attackiert, von starken rechtsextremen oder zumindest rechtspopulistischen Parteien und auch schwächeren linksextremen, die ganz offen mit dem aggressiven Diktator Russlands kooperieren, seine Narrative übernehmen, ihn in den demokratischen Parlamenten unterstützen und jede Bemühung torpedieren, die militärisch bedrängte Ukraine zu unterstützen. Sie behandeln Putin wie einen politischen Partner, mit dem man ganz normal Handel betreiben sollte und stören sich nicht daran, dass er seit vielen Jahren einen hybriden Krieg in Verbindung mit gefährlichen Sabotageakten gegen unsere freie Gesellschaft führt. Und anders als im Kalten Krieg steht unser treuer Verbündeter jenseits des Atlantiks nunmehr auch auf der Seite rechtsextremer Parteien und autoritärer Führer wie Viktor Orbán. Diese Konstellation konnte sich kaum jemand vorstellen, doch bereits kurz nach dem zweiten Amtsantritt Donald Trumps wurde dieser Albtraum Wirklichkeit: Ein freiheitliches und demokratisches Europa, das militärisch relativ schwach ist und gleichzeitig von außen und von innen bekämpft wird. Das ist die politische Ausgangslage zu Beginn des zweiten Viertels des 21. Jahrhunderts.

Die politische Absicht der autoritären Führer:innen in der noch freien Welt ist, jene Werte, die unsere Demokratien ausmachen, zu diskreditieren. Statt Gut und Böse sollen nur noch Interessen existieren – nicht Interessen eines Landes oder der Bevölkerung, sondern persönliche Interessen der Autokrat:innen: Macht, Geld, Abhängigkeiten. Mit der richtigen Propa-

ganda und Überwachung im Internet kann jede Aktion auch gegen Menschen im eigenen Land argumentiert werden, wie Trump gerade vorexerziert. Das verbindet ihn mit Orbán und anderen autoritären Führern und letztlich auch mit Putin. Wir werden die Tendenzen eines digitalen Neo-Feudalismus nur aufhalten können, wenn wir in Europa unsere Werte hochhalten, zusammenstehen und mit Verbündeten kooperieren, von Kanada bis Australien. Das Vereinigte Königreich, das am 31. Jänner 2020 aus der EU austrat, ist uns in der anhaltenden globalen Krise wieder erfreulich nahe gekommen.

Ganz deutlich: In den kommenden Jahren geht es darum, ob das Werk für Frieden und Versöhnung, das mutige und vorausblickende Männer und Frauen nach dem Zweiten Weltkrieg ins Leben gerufen und in den letzten Jahrzehnten aufgebaut haben, zerstört wird. Ob wieder Nationalismus und Feindschaft Europa dominieren oder der Geist der Zusammenarbeit. Und selbst wenn wir Zweiteres schaffen, bleibt die Herausforderung, stark genug zu sein, um uns gemeinsam nach außen zu verteidigen. Noch ist nicht geklärt, welchen Weg wir gehen werden. Es ist die Verpflichtung jener Generationen, die nur Frieden und Freiheit erlebt haben, diese Heimat Europa für die nächsten Generationen zu erhalten.

Helmut Brandstätter, am 1. August 2025

www.kremayr-scheriau.at

ISBN 978-3-218-01483-0

© 2025 by Verlag Kremayr & Scheriau GmbH & Co. KG, Wien

Rotenturmstraße 27/5, 1010 Wien

office@kremayr-scheriau.at

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag, Typografie und Satz: Silvia Wahrstätter, buchgestaltung.at

Lektorat: Franz Lindl, Mag. Julian Sparrer

Druck und Bindung: TISK Centrum s.r.o., Moravany u Brna, CZ

**BITTE BEACHTEN SIE DIE
SPERRFRIST 23. SEPTEMBER 2025**